Pfund's Milch-Seife
Dresdner Bakerei Gebr. Pfund
Dresden.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15,
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und **Herde, Haus-, Küchen-** und **Landwirthschafts-Geräthe.**

Photographische
Apparate
in
reichster Auswahl
bei
Emil Wünsche
Moritzstr. 20
(Nähe der Maximilians-Allee).
Ausführlicher Catalog nach auswärts gegen 20 Pfg. in Briefmarken.

R. Beyer Papier-Fabrik-Lager
Papier-Grosshandlung **Am See 16**
Grösstes Lager aller Sorten **Pappen** und **Packpapiere,** Formate und Rollen in allen Grössen. **Schreib-, Post-, Druck-** und **Umschlag-Papiere. Imitirt. — fettdicht — echt** — und **Butter-Pergament. Weisse** und **farbige Seidenpapiere.**
Gelegenheitsposten. — Billigste Preise. — Prompteste Bedienung.

Zacherlin
Diese staunenswerth wirkende Insekten-Vertilgungs-Spezialität ist in Flaschen überall zu haben, wo Zacherlin-Plakate ausgehängt sind.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Das **Geschäft** von **Bandagist** und **Orthopäd** **M. H. Wendschuch** sen. befindet sich **unverändert** schon seit **über 30 Jahren** **nur Marienstrasse 22b** im Gartengrundstück neben den „3 Raben".

Nr. 225. **Spiegel:** Kritische Stimmen zur Handwerker-Vorlage. Deutscher Apothekerverein. Die Schlafwagen der Eisenbahnen. Hofnachrichten. Ausstellung des Handwerks 2c. Amtliche Bekanntmachungen. | Muthmaßliche Witterung: Theilweis naß, kühl. | **Sonnabend, 15. August.**

Politisches.

Aus der allmählich in Fluß gerathenen Diskussion der neuen Handwerkervorlage in Wort und Schrift heben sich als die hauptsächlichsten Punkte, an denen die Kritik bisher den Hebel eingesetzt hat, folgende drei hervor: 1. die Bestimmungen über die Mitgliederzahl und räumliche Ausdehnung der Innungsbezirke; 2. der Mangel gesetzlicher Unterscheidungsmerkmale zwischen Fabrik- und handwerksmäßigem Betriebe; 3. die Beweglichkeit der Skala für die innungspflichtigen Gewerke.

Solange die gesetzgeberischen Vorarbeiten zu der Handwerksorganisation im Gange sind, hat die Hauptschwierigkeit in der sachgemäßen Beantwortung der Frage gelegen, über welchen Bezirk und welche Mitgliederzahl hin die einzelnen Innungen zu bilden seien mit Rücksicht auf die Thatsache, daß häufig keine genügende Anzahl von Genossen desselben Gewerbes vorhanden ist, um eine Innung zu Stande zu bringen. Die im Vorjahr von der preußischen Regierung vorgenommenen Erhebungen nach dieser Richtung haben ergeben, daß selbst dann, wenn man die Mindestzahl für die Begründung einer Innung von Fachgenossen auf nur 20 Meister mit Hilfspersonal festsetzt und den Innungsbezirk auf einen unverhältnißmäßig großen Raum ausdehnt, nur ein Fünftel der gesammten Meister in die Organisation einbezogen werden könnte. Diese Unebenheit sucht die Vorlage dadurch zu applaniren, daß die einzelne Innung grundsätzlich so verlegt werden soll, daß kein Mitglied durch die Entfernung seines Wohnortes vom Sitz der Innung behindert wird, am Genossenschaftsleben theil zu nehmen und die Innungseinrichtungen zu benützen. Im Zusammenhange damit wird ferner vorgesehen, daß im Bedarfsfalle die Innung nicht gesondert für jedes einzelne Handwerk, sondern für mehrere miteinander verwandte Gewerke zu errichten ist. Die Bestimmung betreffs der Entfernung des Wohnortes vom Sitz der Innung ist aber mit einem einschränkenden „in der Regel" versehen und daraus wird vielfach der Schluß gezogen, daß die Regierung glaube, sie werde mehrfach in die Lage kommen, auch räumlich ausgedehntere Innungsbezirke schaffen zu müssen, bei denen die gedachte Voraussetzung nicht zutrifft. Gegen die zu großen Innungsbezirke aber wird mit Recht eingewendet, daß dabei nur ein Theil der Mitglieder von den gemeinsamen Einrichtungen Nutzen hat, während die übrigen zwar zu den Kosten beitragen müßten, aber nicht die gleichen Vortheile hätten. Auch wird durch die Bildung größerer Innungsbezirke die richtige Aufgabe der Ueberwachung der Lehrlingsausbildung gefährdet. Es erscheint daher berechtigt, wenn mit Bezug auf diesen Theil der Vorlage gesagt wird, die Wirkung des Gesetzes werde wesentlich von der praktischen Durchführung der Organisation abhängen.

Der zweite Einwand betrifft das Fehlen einer festen Begriffsbestimmung zur Unterscheidung handwerksmäßiger und fabrikmäßiger Betriebe (jene sollen verpflichtet, diese berechtigt sein, der Innung beizutreten). Die Begründung will zwar von einem Mangel in dieser Beziehung nichts wissen, indem sie erklärt, Streitfälle der bezeichneten Art kämen in der Praxis nur sehr selten vor. Nach der Art zu urtheilen aber, wie die Offenhaltung der gesetzlichen Grenze zwischen Fabrik und Handwerk gerade die praktischen Kreise beunruhigt, scheint der Standpunkt der Motive doch nicht ganz zureichend substantiirt zu sein. Es soll Alles von der „verständigen Beurtheilung der berufenen Behörden" abhängen. Das ist ein schlechter Trost; denn da aus der wandelbaren Anschauung der Verwaltungsbehörden eine feste Richtschnur nicht gewonnen werden kann, so werden in allen nur irgend anfechtbaren Fällen der Zutheilung zu einer Innung die Betroffenenen auf jede gesetzlich mögliche Weise dahin streben, sich dem Innungszwange zu entziehen, aus dem einfachen Grunde, weil die erhebliche Menge von Lasten und Pflichten, die mit der Organisation verknüpft ist, dem Einzelnen möglichst die Freiheit von dem Zwange wünschenswerth erscheinen lassen wird. Auf der anderen Seite kann man es den Innungen nicht verdenken, wenn sie möglichst viele zahlungsfähige Betriebe sich einzugliedern suchen und deshalb bei der Bestimmung darüber, was fabrik- und was handwerksmäßiger Betrieb ist, aus den zahlreichen vorhandenen Definitionen sich diejenige heraussuchen, die ihnen am günstigsten liegt. Die einen wollen den handwerksmäßigen Betrieb auf das rein formelle Merkmal der Zahl der beschäftigten Hilfskräfte beschränken. Auf diesem Wege kommt man aber zu der größten Willkürlichkeit. Andere machen die Unterscheidung abhängig von dem Umstand, ob der Gewerbtreibende den Rohstoff von dem Kunden geliefert bekommt und ihn blos selbst verarbeitet — dann ist er Handwerker — oder ob er den Rohstoff zugleich selbst anschafft — dann ist er Fabrikant. Eine dritte Ansicht legt den Nachdruck auf die Produktionsweise. Darnach sollen Gewerbe, bei denen die Handarbeit den wesentlichsten Theil der Erzeugungsart bildet, unter allen Umständen zu den handwerksmäßigen gerechnet werden, während diejenigen Gewerbe, die hauptsächlich mit Maschinen arbeiten, auch dann fabriksmäßige Betriebe sind, wenn sie mit weit weniger Hilfskräften arbeiten als jene. So dürfte es denn voraussichtlich zu zahlreichen Prozessen kommen, die gegen die Innungen von solchen Mitgliedern geführt werden, die von der Zwangsverpflichtung unberechtigter Weise erfaßt zu sein glauben. Zu den Zeiten der alten Zwangsinnungen war es umgekehrt. Damals lag den Mitgliedern der Zunft gerade daran, unter sich zu bleiben und eine übermäßige Erweiterung ihres Kreises zu verhindern. Infolgedessen sahen die Magistrate sich öfters genöthigt, Prozesse gegen die Innungen zu Gunsten solcher Gewerbetreibender anzustrengen, denen trotz unzweifelhaft vorhandener Qualifikation die Aufnahme in den Innungsverband verweigert worden war. In diesem Unterschiede zwischen einst und jetzt liegt mit Entschiedenheit ein Moment, das gegenüber der Zwangsorganisation des Handwerks, wie sie in der neuen Vorlage geplant ist, zu denken giebt. Zum mindesten verdient die Aeußerung des bayrischen Ministers v. Landmann, eines hervorragenden Fachmannes auf dem Gebiete unserer gewerblichen Gesetzgebung, Beachtung, daß die Annahme die Anwendung des Begriffes Fabrik werde in der Praxis keine ernstlichen Zweifel erregen, eine optimistische Auffassung sei.

Des Weiteren stößt man sich vielfach an der Bestimmung, daß die Zahl der innungspflichtigen Gewerke von Amtswegen erweitert oder beschränkt werden kann. Man will sich dabei erinnern, daß verschiedene süddeutsche Regierungen der Zwangsinnung abgeneigt seien und fürchtet aus dieser Zwiespältigkeit den Eintritt einer Scheidung zwischen Süden und Norden, die Schaffung einer „gewerbepolitischen Mainlinie", insofern Süddeutschland allmählich von der Zwangsorganisation immer weiter abrücken, Norddeutschland dagegen mit der Zeit auch noch den Befähigungsnachweis zur Wirklichkeit machen werde. Es mag sein, daß eine so weitgehende Besorgniß übertrieben ist. Immerhin würde es sich aber doch wohl empfehlen, eine Erweiterung oder Beschränkung des Kreises der innungspflichtigen Gewerke nur kraft Gesetzes vorzunehmen und zwar für das gesammte Reichsgebiet.

Es ist nicht zu verkennen, daß die gegen die Vorlage geltend gemachten Bedenken erheblich genug sind, um ihre Aufnahme in den hauptsächlich betheiligten Kreisen einigermaßen nachtheilig zu beeinflussen. Den Handwerkern will insbesondere die gar zu sehr in den Vordergrund geschobene Staatsaufsicht nicht gefallen, von der man wohl nicht mit Unrecht befürchtet, daß sie dem Geist der freiwilligen Hingebung an die große Aufgabe der Wiederbelebung des Handwerks, ohne den die gesetzliche Zwangsorganisation ein Gefäß ohne Inhalt wäre, nicht förderlich sein werde. Von Handwerkerverbänden haben sich bis jetzt zu der Vorlage geäußert: der in Berlin abgehaltene Innungstag der deutschen Stellmacher und Wagner und der deutsche Tischlertag in Potsdam. In Berlin führte Herr Obermeister Beutel aus, der Entwurf weiche insofern von den Wünschen der Handwerker ab, als er nicht den Befähigungsnachweis vorsehe. Alles in die Innungen aufnehmen zu müssen, könne den Handwerkern auch nicht erwünscht sein. Herr Beutel sprach die Hoffnung aus, daß den Wünschen der Handwerker noch in Abänderungsvorschlägen Rechnung getragen und daß man schließlich auch zu dem Befähigungsnachweis gelangen werde. In Potsdam vertrat Herr Generalsekretär Dr. Schulz-Berlin den Standpunkt, daß Lehrlinge nur Derjenige halten dürfe, der unbedingt den Meistertitel führe. Er sei gegen eine Vertreterversammlung, auch wenn eine Innung mehrere hundert bis tausend Mitglieder zähle; Gesellenausschüsse brauche man bei den Handwerkskammern nicht, die Kosten könne man sparen. An Kosten sei überhaupt eine Mehrbelastung der Handwerker vorhanden, er wolle aber hoffen, daß das Gesetz der Kosten werth sei. Sämmtliche aus Handwerkerkreisen hervorgehende Abänderungsvorschläge dürften jedenfalls in einer gemeinsamen Resolution vereinigt und so dem Reichstage unterbreitet werden. Inzwischen scheinen die Handwerker ihre Stellungnahme im Allgemeinen dahin zu bestimmen, daß der Entwurf trotz mancher Mängel doch auch viele Vorzüge besitze und daß man deshalb einstweilen für ihn eintreten müsse.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 14. August.

Berlin. Nach Kopenhagener Meldungen reist das russische Kaiserpaar von Breslau über Kiel nach Kopenhagen und begiebt sich nach längerem Aufenthalte in Fredensborg nach Balmoral. — Gegenüber der Mittheilung, daß der französische Marineattachee in Berlin, Schiffsleutnant Buchard, während seiner neulichen Anwesenheit in Kiel vom Kaiser Wilhelm nicht sehr freundlich aufgenommen sei, erklärt der Genannte durch Pariser Blätter, daß der Kaiser ihn fast eine halbe Stunde auf der „Hohenzollern" behalten habe und überaus liebenswürdig gewesen sei. — Generalkonsul William Schönlank erhielt vom Professor Nordenskjöld über die Andree'sche Expedition folgendes Telegramm: „Grüße. Keine neuen Nachrichten. Möglich, aber kaum wahrscheinlich, daß Ottawa-Nachricht wahr ist." — Herr v. Puttkamer, der Gouverneur von Kamerun, hat sich der ihm vorgesetzten Behörde gegenüber zu den Anschuldigungen geäußert, die gegen ihn in der Presse erhoben worden sind. Herr v. Puttkamer bestreitet auf das Entschiedenste, nach irgend welcher Richtung hin seine amtlichen Pflichten verletzt zu haben. Was die absurde Beschuldigung betrifft, er habe sich widerrechtlicher Weise Herrn v. Stetten gehörige Gegenstände, Bücher und einen Kompaß angeeignet, so führt er sie auf Verhältnisse zurück, die für ihn nichts Belastendes haben. Herr v. Puttkamer sagt, daß er, als Herr v. Stetten sich auf einer Expedition im Innern befand, zufällig ein Zimmer der Stettenschen Wohnung betreten habe, das in unaufgeräumtem Zustande zurückgelassen worden war. Da habe er ein paar Bücher gefunden, die er an sich genommen habe, um sie zu lesen. Den Kompaß habe er in dem Glauben, daß er Eigenthum der Regierung sei, mitgenommen und auf sein Schreibpult gestellt. Nie sei es ihm in den Sinn gekommen, die Zurückerstattung dieser Sachen zu verweigern. — Herr v. Stetten hat noch nichts von sich hören lassen. Es ist an ihn von zuständiger Seite die Aufforderung ergangen, sich zu erklären. Diese Aufforderung war nach München adressirt, mittlerweile hat Herr v. Stetten aber eine Reise nach Ungarn angetreten. — Der Komponist Engelbert Humperdinck ist zum Professor ernannt worden. — Der Bundesrath hat das Ausscheiden des Fleischereigewerbes aus der Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft genehmigt und das Fleischereigewerbe bildet vom 1. Januar 1897 ab eine besondere Fleischerei-Berufsgenossenschaft. — Die Gesellschaft zur Förderung der evangelischen Mission unter den Heiden erläßt einen Aufruf um Liebesgaben zur Abwendung der Hungersnoth auf den Berliner Missionsstationen in Afrika. Die Dürre und die Heuschreckenplage haben im Gebiete der Mission große Verheerungen angerichtet. — Infolge unglücklicher Liebe stürzte sich hier die 18jährige Gertrud Jankowski aus dem dritten Stockwerke auf die Straße. Ihr Zustand ist bedenklich. — Aus gleicher Ursache hat sich ein Berliner Schutzmann auf der Nordbahn vor die Maschine geworfen und sich zermalmen lassen. — Das Einigungsamt des Gewerbeschiedsgerichts verhandelte heute über den Streik in der Herren- und Damen-Konfektion. Nach kurzer Berathung erklärte der Vorsitzende die Bestimmungen des Vergleichs vom 19. Februar außer Kraft und verkündete die angemessene Regelung der strikten Lohnverhältnisse zu einem Mindesttarif. Das Amt erkennt an, daß in der Konfektionsbranche Mißstände bestehen und daß manchmal der Lohn allerdings unter das Niveau gesunken sei, welches den Arbeitern ein menschenwürdiges Dasein ermögliche, andererseits aber müßten diese Löhne auch als angemessen und auskömmlich bezeichnet werden. Der verlesene Lohntarif fand bei den Anwesenden nur getheilte Billigung, namentlich waren die Rockschneider unzufrieden.

Friedrichsruh. Graf Waldersee ist gestern Nachmittag zum Besuch des Fürsten Bismarck hier eingetroffen und wurde von diesem am Bahnhofe empfangen.

Rendsburg. Bis halb 3 Uhr Nachmittags hatte die ganze Uebungsflotte Rendsburg passirt.

Holtenau. Kurz nach der heute Vormittag halb 12 Uhr erfolgten Durchschleusung zweier weiterer Dampfer passirte die Schleuse in entgegengesetzter Richtung das auf der Schichauwerft in Elbing neu erbaute österreichische Torpedoboot „Rattre" auf der Fahrt nach Pola.

Wien. Unmittelbar nach der Abreise des Kaiser Franz Josef von Sinaia Ende September wird der König von Serbien einen Besuch bei dem rumänischen Königspaare machen. Der Besuch wird auch in Zusammenhang gebracht mit einem Heirathsprojekt zwischen dem Könige Alexander und der Tochter einer reichen rumänischen Bojarenfamilie.

Innsbruck. Brixlegg ist durch die Alpacher Ache, die gestern ausgetreten ist, bedroht. Hundert Landesschützen wurden zur Hilfeleistung dorthin gesandt.

Paris. In dem heute im Elysee stattgehabten Ministerrath theilte der Minister des Auswärtigen mit, die russische Botschaft habe ihn amtlich davon in Kenntniß gesetzt, daß der Kaiser von Rußland die Einladung des Präsidenten Faure annehme und Anfang Oktober nach Paris kommen werde. Der Kaiser und die Kaiserin würden, von England kommend, in Cherbourg landen. Da der Besuch einen offiziellen Charakter haben wird, behält sich die Regierung vor, alle erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, um die zu Ehren des Kaisers und der Kaiserin zu veranstaltenden Festlichkeiten festzustellen. Der Minister des Auswärtigen hatte ferner mit den übrigen Ministern Unterredungen bezüglich der Besprechungen zwischen den Mächten in der kretischen Angelegenheit und über das Ergebniß seiner Unterredungen mit Li Hung Tschang. Er theilte im weiteren Verlaufe dem Ministerrath mit, daß die Vereinigten Staaten offiziell von der Annexion Madagaskars durch Frankreich Akt genommen hätten. Endlich setzte er den Ministerrath über den Stand der Verhandlungen bezüglich der Verträge von Tunesien und den anderen Mächten in Kenntniß.

Bern. Dem deutschen Kaisermanöver werden im Auftrage der Regierung der Oberbrigadier Heller-Luzern und der Oberstleutnant der Infanterie Bertschinger-Aargau beiwohnen.

Ostende. Die Peter Paulskirche steht seit heute Mittag in Flammen. Das Feuer ist durch Bleiarbeiter, welche an dem Dach arbeiteten, verursacht worden. Das Feuer hat die Häuser der Nachbarschaft ergriffen.

London. Eine Konstantinopler Depesche besagt, in amtlichen Kreisen werde zuversichtlich behauptet, die Kretafrage werde binnen Wochenfrist gelöst sein. Großbritannien habe die Ueberzeugung gewonnen, der Sultan wünsche wirklich eine schleunigst friedliche Lösung herbeizuführen, infolgedessen die diplomatischen Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt seien. Parlaments-Untersekretär Curzon erklärte, die Antecedentien des Nachfolgers Abdullah Pascha im Oberbefehl auf Kreta seien derart, daß er seine Ernennung nicht den Mächten empfehle. Der britische Konsul in Kreta habe berichtet, Abdullah Pascha habe vollkommen ehrenhaft und billig beiden Parteien gegenüber gehandelt. Der Schluß des Parlaments erfolgt heute Abend.

London. Unterhaus. Der erste Lord des Schatzes, Balfour, erklärte, daß die neuesten Vorschläge des amerikanischen Staatssekretärs des Aeußeren, betreffend die venezuelanische Grenzfrage, von der Regierung noch erwogen würden und daß sie dieselbe für einen Weg zur billigen Lösung der Frage erachte, der alle Hoffnungen gewähre, daß die schwebenden Unterhandlungen zu einer baldigen befriedigenden Lösung führen werden. — Aus Bombay wird telegraphirt, daß Ueberschwemmungen im Gebiete des Flusses Kistna sehr großen Schaden angerichtet haben. Tausende von Menschen sind obdachlos, 200 Personen sind infolge Umschlagens eines Fahrzeuges in der Nähe von Satara ertrunken. — Die „Times" erfährt aus Brüssel von glaubhafter Seite, König Leopold werde den Fall Lothaire nicht liegen lassen, ohne zuvor in seiner Eigenschaft als Souverän des Kongostaates ein Zeichen seiner Mißbilligung zu geben. — Nach einer Meldung aus Konstantinopel gab Sir Edgar Vincent dem Finanzminister, dem Großvezir und dem Sultan die Erklärung ab, daß eine Abstellung der finanziellen Schwierigkeiten durch eine Kreditoperation gänzlich unmöglich sei, bevor nicht die innere politische Lage eine normale geworden sei.

Stockholm. Einem Privattelegramm aus Christiania an das hiesige Blatt „Unser Land" meldet: Als Nansen und Leutnant Johansen den „Fram" verließen, in der Voraussicht, nicht zurückzukehren, trieb der „Fram" im Eise steckend, nach Westen. Jackson's Expedition ist nicht weiter nördlich vorgedrungen als bis zum Ueberwinterungsort Nansen's auf Franz Josefs-Land. Der zur Zeit in Vardö weilende Professor Mohn hat die wissenschaftliche Ausbeute der Nansen'schen Beobachtungen als großartige bezeichnet: es seien mehrere bisher unbekannte Inseln auf der Karte festgelegt worden.

Newyork. Aus Brunswik (Georgia) wird telegraphirt: Dem Schleppdampfer „Dauntles" ist es gelungen, vom Flusse Satilla aus nach Cuba in See zu gehen. Der Dampfer hatte 100 Flibustier, 2 Washing-Kanonen, 2 Hotchkiß-Kanonen, etwa 1000 Granaten, 1 Millionen Patronen und andere Munition und 500 Gewehre an Bord.

Friedrich & Glöckner
Zwingerstr. 15, Schäferstr. 12, Bautzenerstr. 27 b, Pieschen u. Löbtau.
Streichf. **Oelfarben,** Schnelltrocken-Farben, **Lacke, Firnisse** eigener Fabrik.